

über 40 Regierungsstellen weitgehend unkoordiniert auf dem Feld der inneren Sicherheit aktiv, und seit Jahren waren die Defizite und Reibungsverluste innerhalb dieses Systems beklagt worden. Daneben wurde im Nationalen Sicherheitsrat eine neue Stelle eigens für Terrorismusbekämpfung geschaffen. Von wesentlich größerer Tragweite allerdings könnte am Ende sein, dass im Verteidigungsministerium mit Heeresminister Thomas White ein eigener Terrorismusbeauftragter bestellt wurde. Damit wird fast automatisch dem Heer eine verstärkte Rolle in Fragen der inneren Sicherheit zukommen – an dieser Stelle kommt es zum deutlichen Zusammenfluss polizeilicher Aufgaben und militärischer Mittel.

Schließlich erscheinen auch Vorhaben, die bislang vor allem einen außenpolitischen Anstrich besaßen, vor dem Hintergrund eines »Homeland-Security«-Konzeptes in einem neuen Licht; am deutlichsten wird dies wohl im Fall der Raketenabwehr, die zu einem elementaren Bestandteil eines solchen Konzeptes des »Sicherheitsstaates« wird, der sich der genauen Bestimmung der Natur seiner Feinde und deren Waffen nicht mehr gewiss sein kann.

Die Zeit wird zeigen, welche der zahlreichen Maßnahmen von Dauer sein werden und welche noch hinzutreten werden. Einige eingeleitete Schritte werden wieder zurückgezogen werden. Manches andere wird unter dem Druck, die zuvor erreichte Offenheit, Freiheit und Grenzlosigkeit nicht in Gänze aufzugeben, modifiziert werden. Aber solange man angesichts der bestehenden Bedrohungslage keine vertrauenswürdigeren Institutionen auf dem Feld der inneren und äußeren Sicherheit (er)findet, erlebt der (starke) Staat als Folge des 11. September 2001 seine Renaissance.

JENS UWE HETTMANN:

Weltweite Inklusionspolitik statt westlicher Selbstherrlichkeit

Die Ereignisse des 11. September 2001 stellen eine neuartige Herausforderung des internationalen Gewaltmonopols der Staaten dar. Ihre neue Qualität liegt darin, dass zivile Einrichtungen und Zivilisten von Nicht-Soldaten in einem nicht erklärten Krieg angegriffen werden. Das bedeutet, dass weder herkömmliche diplomatische noch militärische

Mittel geeignete Gegenstrategien bieten. Neue Antworten sind erforderlich.

Eine erfolgreiche Bearbeitung dieses Problems setzt zunächst eine Analyse der Ursachen voraus. Etwas grob lassen sich zwei Ursachenkomplexe unterscheiden:

Zum einen liegen Ursachen in der islamischen Welt selbst begründet. Sie ist insgesamt wenig durchdrungen von demokratischem Gedankengut und gekennzeichnet von autokratischen Herrschaftsstrukturen, großer sozialer Ungerechtigkeit, Korruption sowie Diskriminierung von Frauen und Minderheiten. Weit verbreitete Unzufriedenheit hat eine an religiösen Grundprinzipien orientierte Radikalisierung gefördert.

Zum anderen hat die Radikalisierung aber auch viel mit der Politik des Westens und insbesondere seiner Führungsmacht USA zu tun: Insgesamt hat der Westen seit dem Ende des Systemkonfliktes mit dem Osten versäumt, politische Antworten auf Armut, Drogen, Tyrannei, Hunger, Rassismus und religiösen Fundamentalismus zu finden. Die unmenschlichen Sanktionen gegen den Irak, unter denen zwar die Zivilgesellschaft leidet, keineswegs aber Saddam selbst, die jahrzehntelange selektive Verhinderung der Durchsetzung bestimmter UNO-Sanktionen, die einseitige und invariable Unterstützung Israels und insbesondere seiner völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik und die rücksichtslose Verbreitung von Werten, die in der islamischen Welt als dekadent abgelehnt werden, haben in Verbindung mit der arabisch-islamischen Enttäuschung darüber, dass die als überlegen angesehene islamische Gesellschaft nicht die Machtmittel hat, um sich gegenüber dem Westen zu behaupten, diese Radikalisierung begünstigt. Der Westen hat sich im islamischen Armutsgürtel vorwiegend durch Bilder von Reichtum, Überfluss, Konsum, Sittenverfall und Gewalt dargestellt. Er hat sich immer wieder mit korrupten Eliten arrangiert und es hingenommen, dass seine Bedürfnisse auch blutig und grausam befriedigt werden. Er hat sich als unsensibel gegenüber den katastrophalen sozialen Konsequenzen etwa der Strukturanpassungsprogramme der Bretton-Woods-Institutionen erwiesen. Es kann deshalb nicht verwundern, wenn Heilslehren aller Art – aktuell allen voran die des endlich für Gerechtigkeit sorgenden radikalen Islam – auf fruchtbaren Boden fallen.

Wenn nun die Radikalisierung des Islam gestoppt und umgekehrt werden soll, dann gibt es, wenn der Westen sich nicht auf den von Osama bin Laden erklärten Religionskrieg einlassen will, keine schnell wirkenden und effizienten Strategien. Kurzfristig scheint klar zu

sein, dass zur schnellen Einhegung des Aktionsradius der Terroristen die Gewaltoption – auch angesichts fehlender Verhandlungsmöglichkeiten – nicht außer Acht gelassen werden kann. Allerdings müsste hierfür die amerikanische Weltpolitik auf andere Beine gestellt werden. Der jahrzehntelang praktizierte globalisierte McCarthyismus hatte dazu geführt, dass die USA sich mit beinahe jedem Akteur, der den Kommunismus bekämpfte, verbündete und mehr als einmal dadurch zum Zauberlehrling wurde, der die bösen Geister nicht mehr loswurde. Eine im Grundsatz gleiche, manichäische Politik, die die Welt in gute und schlechte Staaten einteilt, setzt die USA auch heute noch fort. Gerade hier hat die USA als einzig verbliebene Weltmacht gehörigen Nachholbedarf.

Ziel müsste eine gerechtere Weltordnung sein, in der konfligierende Interessen adäquat bearbeitet werden können. Dieser Verantwortung weicht die USA bislang aus. Amerikanische Außenpolitik nach dem 11. September 2001 darf sich nicht mehr auf selektives Leadership beschränken, auf das Einkategorisieren von Staaten und Akteuren in gute und böse. Was vermisst wird in der US-Außenpolitik, ist Augenmaß für eine gerechtere Weltordnung, für Interessenausgleich und Einbeziehung möglichst vieler Akteure, ist einfach der Ausdruck von Verantwortung der Weltführungsmacht für das Ganze. Es gibt hoffnungsvolle Anzeichen für Veränderungen, wobei der 11. September hoffentlich nachhaltig deutlich gemacht haben dürfte, dass Isolationismus der falsche Weg ist. Aber ob die Bezahlung eines Teils der Schulden bei den Vereinten Nationen (nicht ohne weitere Zahlungen von der Erfüllung bestimmter Forderungen abhängig zu machen), mehr Konsultationen mit Partnern und Koalitionären, das Aufheben von Sanktionen gegenüber Indien und Pakistan sowie härtere Töne gegenüber Israel und die Anerkennung des Rechts der Palästinenser auf einen eigenen Staat aus eher opportunistischen Gründen erfolgen oder nicht, wird sich erst noch zeigen müssen. Der Welt ist die amerikanische Blockierung wichtiger internationaler Abkommen, von Antipersonenminen über Kyoto bis zum internationalen Strafgerichtshof, noch gegenwärtig.

Aber eigentlich stehen sämtliche Industriestaaten in der Verantwortung. Sie haben gemeinsam nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die strategische Fehlentscheidung gefällt, ihre Unterstützung auf den Osten umzuleiten – zu Lasten der klassischen Entwicklungsländer. Die ohnehin nie erreichte 0,7-Prozent-Größe sank kontinuierlich auf mittlerweile knappe 0,3 Prozent, die aktuelle Schuldeninitiative bringt einer begrenzten Anzahl von Staaten kaum mehr als einen Ausgleich für Einnahme-

ausfälle aus Rohstoffexporten. Wenn dem radikalen Islam – und das wäre eventuell Teil einer Antwort – der Nährboden entzogen werden soll, müssen die Entwicklungsanstrengungen so verstärkt werden, dass der fortschreitenden Verarmung Einhalt geboten wird. Die Zusammenlegung der Haushalte für Entwicklungszusammenarbeit mit dem Süden und dem europäischen Osten, die umstandsloses weiteres Verschieben der Mittel nach Osten erlaubt, ist da ein falsches Signal. Natürlich bedeuten mehr Mittel nicht automatisch mehr Wohlstand und mehr Lebensqualität für alle. Vielleicht muss künftig verstärkt darüber nachgedacht werden, wie energischer gegen selbstherrliche Politikereliten vorgegangen werden kann, denen die Entwicklungsperspektiven ihrer Länder relativ gleichgültig sind.

Die entscheidende Frage, die der Westen und allen voran die USA beantworten muss, lautet also: Soll die bisherige ungleichgewichtige, selektive und exklusive internationale Politik fortgesetzt werden oder sollen stattdessen andere Wege gegangen werden, insbesondere was die Rolle der Vereinten Nationen und die internationale Entwicklungszusammenarbeit angeht? Von der Beantwortung dieser Frage wird auch abhängen, ob die Auseinandersetzung mit religiösem Fundamentalismus letztlich ausschließlich oder vorwiegend auf militärischem Weg weiter geführt wird.

DIETMAR DIRMOSER:

Öffentliche Debatte oder abgeschirmter Regierungsdiskurs?

Was am 11. September in New York und Washington geschah war schlimm: an hochgradig symbolhaften Orten westlicher Metropolen inszenierten Terroristen Massenmord- und Mega-Zerstörung. Doch weitaus schlimmer ist offenkundig für zahlreiche Zeitgenossen, was in den Attentaten aufscheint. Viele sehen in ihnen eine Art Wetterleuchten der Apokalypse, nämlich die Möglichkeit, dass die westliche Zivilisation zerstört und die globalisierte Marktwirtschaft ruiniert werden könnte. Nach den neuerdings denkbar gewordenen Szenarien könnte die nächste Attacke einem Atomkraftwerk gelten, oder der Trinkwasserversorgung einer Millionenstadt. Sie könnte in der Auslösung einer Pockenepidemie bestehen, oder darin, dass Selbstmordattentäter chemische, biologische oder Nuklearwaffen in Ballungsräumen einsetzen, in oder